

Neben diesen bedeutsamen Aenderungen der Wirtschaftspolitik vollzog sich in Oesterreich in den achtziger Jahren, ohne Zusammenhang mit den drängenden Bedürfnissen der Politik, eine Wandlung in der Theorie der theoretischen Nationalökonomie. Unter der Führung Karl Mengers und der Mitwirkung von Emil Sax trat die neue österreichische Schule in direkten Gegensatz zur historischen Schule und vertrat sowohl in der Methode als im Inhalt der Lehre eine Rückkehr zur alten orthodoxen Wissenschaft. Sie legte das Hauptgewicht auf die Methode und suchte theoretische Erkenntnisätze und nicht praktische Maximen. Ihre weitere Entwicklung und ihren Höhepunkt fand sie in dem erst uns vor kurzem enttrissenen Dr. v. Böhm-Bawerk, um den sich eine Reihe hervorragenden begabter Nationalökonomien, wie Wieser, Philippovich, Zuckerkandl, Schumpeter und viele andere jüngere Kräfte scharten. Es ist interessant, zu konstatieren, daß die Methode von Oesterreichern ausgegangen ist und von Oesterreichern ausgebildet wurde, während es früher ein häufig wiederkehrender Tadel des österreichischen Intellekts war, daß er nicht stramm geistige Disziplin halte, die Gegensätze gern vermische und über sie hinweggehe. Wenn auch die österreichische Schule keinen unmittelbaren Einfluß auf die Wirtschaftspolitik gewann, so hat sie doch das theoretische Denken wieder aufgerüttelt und selbst ihre Gegner zu abstrakter Begriffskritik gezwungen. Das erhöhte Interesse, das sich in den achtziger Jahren nationalökonomischen Studien zuwandte, zeitigte die Idee der Gründung einer wissenschaftlichen volkswirtschaftlichen Zeitschrift, die der Redner im Verein mit Böhm-Bawerk und Inama-Sternegg, dem hervorragenden Statistiker und Wirtschaftshistoriker, der damals durch eine Reihe von Jahren Präsident unserer Gesellschaft war, im Jahre 1891 ins Leben rief. Die Zeitschrift sollte theoretischen Arbeiten Raum geben und brachte im Laufe der Jahre sehr interessante Beiträge von Böhm und anderen Nationalökonomien seiner Schule. Zugleich sollte sie insbesondere aktuelle österreichische wirtschaftliche Fragen behandeln, um die Kenntnis unserer Zustände zu erweitern und Reformen anzuregen. Sie hat in ihrem fast 24jährigen Bestande ihre Aufgabe nicht ohne Nutzen erfüllt und die Gesellschaft der Volkswirte, mit deren Unterstützung sie erscheint, kann sie mit Befriedigung ihr Organ nennen.

Unterdessen ging die populäre Bewegung gegen den wirtschaftlichen Liberalismus weiter und nahm bald politischen Charakter an. In den achtziger Jahren wurde der Kampf gegen die alte deutschliberale Partei von oben und von unten geführt. Die Erweiterung der Stimmzahl im Jahre 1882 brachte neue Wählerklassen in die politische Arena, und eine geschickte demagogische Agitation, unterstützt durch die unbefriedigte Lage des Kleingewerbes, brachte zunächst eine Bewegung zur Abänderung der Gewerbeordnung, die bis dahin auf einer maßvollen Gewerbefreiheit beruhte, in Fluß. Die Agitation beschränkte sich aber, wie dies in der Regel bei volkstümlichen Bewegungen der Fall ist, nicht auf einzelne konkrete Reformfragen, sondern griff prinzipiell und doktrinär weiter aus. Der Kampf entbrannte gegen das Kapital überhaupt, gegen die große Industrie, gegen die Aktiengesellschaften mit Schlagworten, die vielfach mit den Angriffen der Sozialdemokratie gegen den Kapitalismus parallel gingen. Der erste Erfolg war eine allgemeine Unzufriedenheit, zugleich wurden überspannte Hoffnungen über die Wirkungen der angestrebten Reform erregt, andererseits zeigte sich eine gewisse Einschüchterung und Verzagttheit der früher maßgebenden gewesenen oberen Schichten der Mittelklasse, die, statt der neuen Strömung zu widerstehen, einzulenken versuchte und schließlich widerwillig, niemandem zum Danke und sich selbst nicht zum Nutzen, sowohl in einzelnen Punkten als auch aus Popularitätsrücksichten selbst in den Grundanschauungen nachgab und vielfach in die Sprache der Gegner einstimmt. So kam die Gewerbeordnung des Jahres 1883 mit dem Befähigungsnachweis zustande. Hätte man sich auf eine zeitgemäße Reform der Gewerbevereinigungen beschränkt und diese dort, wo es möglich war, zu wirksamen Organen der gewerblichen Selbstverwaltung für gewerblichen Unterricht, Lehrlingswesen, Arbeitsvermittlung umgestaltet, so hätte manches Nützliche geleistet werden können. Der Befähigungsnachweis, von dem man sich so vieles erwartete, brachte aber begreiflicherweise nicht die gehoffte Rettung des Kleingewerbes, das in erster Linie Fachtätigkeit und gewerblichen Unterricht bedarf. Trotzdem ging die Bewegung weiter, und die zweite Gewerbenovelle von 1907 erweiterte noch die Zahl der handwerksmäßigen Gewerbe und dehnte den Befähigungsnachweis aus. Dagegen bedeuteten die Arbeiter-schutzgesetzgebung von 1885 und die Versicherungs-gesetze unzweifelhaft einen großen sozialpolitischen Fortschritt. Demgegenüber hat die Bewegung zur Erhaltung der Bauern-güter bis auf wenige Ausnahmen keinen rechten Erfolg erzielt.

In allen Ländern haben Währungsfragen ein großes, oft leidenschaftliches Interesse erregt; obwohl eigentlich ein Fachproblem, sind sie meist zu politischen Parteifragen geworden. Nach dem Uebergang Deutschlands zur Goldwährung, nach der Einstellung unserer Silberprägung wurde für Oesterreich die Frage der Stabilisierung seiner Währung unabweisbar, aber lange hat es gedauert, bis die öffentliche Meinung zu abschließenden Resultaten kam. Die populäre Seite war überhaupt gegen die Goldwährung, vielfach sogar für den Fortbestand der Staatsnoten, eine Gruppe trat für den Bimetallismus ein; aber selbst unter den Anhängern der Goldbasis herrschte längere Zeit Meinungsverschiedenheit, es brauchte eine geraume Zeit und manche eingehende Diskussion, bis eine Einigung auf den bekannten Grundlagen stattfand. Der Redner erwähnt, daß es mit ein Verdienst der Gesellschaft österreichischer Volkswirte gewesen sei, den Sieg der richtigen Erkenntnis über populäre Vorurteile herbeigeführt zu haben. Auch die große Aufgabe der Reform der direkten Steuern beschäftigte die öffentliche Diskussion durch lange Zeit, mühsam und nur gegen bedeutende Nachlässe an den Ertragssteuern kam die Personaleinkommensteuer zur Annahme, und heute werden selbst die alten Gegner der Reform den jetzigen Zustand als besser anerkennen müssen als den früheren. Auch für die Finanzen des Staates, der im Jahre 1875 an direkten Steuern 184 Millionen Kronen einnahm und für 1914/15 448 Millionen Kronen präliminierte, ist das Ergebnis nicht unbefriedigend.

Eine gewisse Zeit war auch nötig, um dem Gedanken der Verstaatlichung des Eisenbahnwesens die Zustimmung der öffentlichen Meinung zu verschaffen. Die unerspreulichen Verhältnisse des alten Garantiesystems verlangten nach anderen Lösungen, aber die Anhänger des Privatbahnsystems waren anfänglich noch zahlreich und mächtig. Als Redner als junger Abgeordneter 1875 für Staatsbahnen eintrat, mußte er sich von einflussreicher Seite belehren lassen, nicht leichtsin unreife Projekte vorzubringen. Bald aber änderte sich die Auffassung und heute wird niemand, trotz mancher ungünstiger Erfahrungen über die Verwaltung der Staatsbahnen, die Rückkehr zum Privatbahnsystem empfehlen. Ein neues erfolgreiches Gebiet staatlicher Tätigkeit wurde durch die Einführung der Postsparkasse gewonnen, die heute für unser ganzes Zahlungsweise von der größten Bedeutung ist und sich zugleich zu einem großen staatlichen Finanzinstitut ausgestaltet hat.

Die vermehrte Staatstätigkeit auf allen Gebieten hatte einen bestimmten Einfluß auf die Staatsfinanzen. Zu Beginn der konstitutionellen Ära betrachtete es das Abgeordnetenhaus noch als seine hauptsächlichste Aufgabe, möglichst viel Ersparungen auf allen Gebieten der Verwaltung durchzuführen. Mit der veränderten Auffassung der staatlichen Tätigkeit änderten sich auch die finanzpolitischen Anschauungen. Die moderne Wohlfahrtsstaat, der in vielen Belangen an den Colbertismus erinnert, ist kostspieliger als der nüchterne Rechtsstaat des alten individualistischen Naturrechtes. Das Maß der Ansprüche an den Staat stieg sehr rasch, er sollte bald zu allem herangezogen werden, überall fördernd und subventionierend eingreifen, große populäre Investitionen wurden geschaffen oder wenigstens teilweise in Angriff genommen, die Bezüge der Beamten wurden erhöht und ihre Zahl vermehrt. So ist das Ausgabenbudget des Staates von 783.4 Millionen Kronen im Jahre 1875 auf 3430.7 Millionen Kronen für das Jahr 1914/15 gestiegen. Nach dem Voranschlag für 1913 machte der Personalaufwand über eine Milliarde, rund ein Drittel aller Ausgaben, aus. Die Kosten der staatlichen inneren Verwaltung stiegen bloß in den Jahren 1890 bis 1911 von 37.1 auf 110.5 Millionen Kronen, also um 193 Prozent.

Wenn diese Steigerung zum großen Teil nicht gerechtfertigt war, so kommt allerdings auch ein erheblicher anderer Teil auf die vermehrte sachliche Tätigkeit des Staates und die Ausdehnung seiner Betriebe, die mit dem allgemeinen Fortschritt der Volkswirtschaft im Zusammenhang stehen. Dieser Fortschritt ist nicht so groß wie in Deutschland, aber immerhin bedeutend; so stieg im auswärtigen Handel die Einfuhr von 1105 Millionen Kronen im Jahre 1875 auf 3508 Millionen Kronen im Jahre 1913, die Ausfuhr von 1017 Millionen Kronen im Jahre 1875 auf 2987 Millionen Kronen im Jahre 1913, die Gesamtlänge der Haupt- und Lokaleisenbahnen von 10.331 Kilometer im Jahre 1875 auf 22.879 Kilometer im Jahre 1912, die Einlagen der Sparkassen von 1178 Millionen Kronen auf 6416 Millionen Kronen, die Steinkohlenproduktion von 45.5 auf 164.6 Millionen Meterzentner, Braunkohle von 68.5 auf 273.7 Millionen Meterzentner, Eisenerz von 7 auf 30.4 Millionen Meterzentner, Frischroheisen von 2.6 auf 14.8 Millionen Meterzentner, Gußroheisen von 0.4 auf 2.7 Millionen Meterzentner, verarbeitete Zuckerrüben von 8.8 auf 82.8 Millionen Meterzentner, Baumwollspindeln von 1.6 Millionen auf 4.8 Millionen, die Weizenernte von 10.8 Millionen Hektoliter auf 21 Millionen Hektoliter, Roggen von 23 auf 38.4 Millionen Hektoliter, Gerste von 13 auf 26.7 Millionen Hektoliter.